

Ä14 11 Wilhelmsburg, Veddel und Kleiner Grasbrook

Antragsteller*in: Gerrit Fuß (Hamburg-Mitte KV)

Text

Von Zeile 2 bis 10:

~~Wilhelmsburg verändert sich auch nach der Bauausstellung von 2013. Wir haben durch unseren Koalitionsvertrag dafür gesorgt, dass die neuen Gebiete wie das Rathausviertel, das Elbinselquartier und das Spreehafen-Viertel mit beispielhafter Bürgerbeteiligung entwickelt werden.~~

~~Das Spreehafen-Viertel soll auf einer Hafenerweiterungsfläche entstehen, auf der ein wilder Wald gewachsen ist. Bei der Realisierung des Gebietes soll so viel Grün wie möglich wild stehen gelassen werden. In dieser Grünzone soll keine "Parkpflege" stattfinden, sondern Totholz liegen bleiben können, um die Biotope zu sichern.~~

Die Elbinseln verändern sich auch nach IBA und igs. Wir stehen dafür, dass dieser Prozess mit Augenmaß für die Bewohner*innen und die Natur der Stadtteile geschieht. Dabei sollen die Bürger*innen möglichst früh und umfassend beteiligt werden.

Von Zeile 14 bis 20:

sind für die Nachverdichtung innerhalb der Bebauungsgrenzen und im Lückenschluss und gegen die Bebauung auf Ackerland.

Das Spreehafenviertel soll auf einer Hafenerweiterungsfläche entstehen, auf der ein wilder Wald gewachsen ist. Bei der Realisierung des Gebietes soll so viel Grün wie möglich wild stehen gelassen werden. In dieser Grünzone soll keine "Parkpflege" stattfinden, sondern Totholz liegen bleiben können, um die Biotope zu sichern.

Die ~~oben bereits erwähnte Bürgerbeteiligung~~ beispielhafte Bürger*innenbeteiligung wollen wir fördern und erhalten, und die lokalen Initiativen selbstverständlich einbinden. In Wilhelmsburg wurde mit ~~IBA, Perspektiven~~ Perspektiven!, Beirat und Quartiersbeiräten erprobt, wie man bei Bürgerbeteiligung Bürger*innenbeteiligung alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehen kann. Beispiele für gelungene Beteiligung sind die Entwicklung des Rathausviertel, des Elbinselquartier und des Spreehafenviertels. Die Finanzierung dafür wurde in den vergangenen Jahren von uns durchgesetzt und soll

Begründung

Bürger*innenbeteiligung an einem Ort.